

Kraft

RAINER UNKEL



Frank-Walter Steinmeier, Peer Steinbrück, Sigmar Gabriel

MARC-STEFFEN UNGER

SPD

Kraft will schnelle Entscheidung für Steinmeier

Nordrhein-Westfalens SPD-Landesvorsitzende Hannelore Kraft drängt auf eine rasche Entscheidung für eine Kanzlerkandidatur von Frank-Walter Steinmeier. Das machte die NRW-Ministerpräsidentin in einem Sechsaugengespräch mit den SPD-Landeschefs Thorsten Schäfer-Gümbel (Hessen) und Ralf Stegner (Schleswig-Holstein) Mitte August in Düsseldorf klar. Kraft hält den ursprünglichen Plan nicht mehr für umsetzbar, den Kanzlerkandidaten erst nach der Landtagswahl in Niedersachsen im Januar nächsten Jahres zu bestimmen. Nach aktuellen Umfragen gebe es realistische Chancen auf einen Regierungswechsel in Niedersachsen, daher würde eine vorzeitige Kandidatur einen weiteren Schub für den Wahlkampf und in der Folge für die Bundestagswahl geben, so Krafts Kalkül. Vor der Kandidatenkür müsse die SPD jedoch die drängenden Fragen nach der Höhe des Rentenniveaus und nach dem Mindestanspruch im Alter geregelt haben. Der Parteivorstand will sich hiermit im September befassen. In der SPD-Führung gibt es nun Überlegungen, den Kanzlerkandidaten im Umfeld des CDU-Bundesparteitags Anfang Dezember in Hannover zu küren.

STEUERABKOMMEN

Schweizer Zebra

Die Kritiker des Steuerabkommens mit der Schweiz fühlen sich durch neue Auswertungen von Steuer-CDs bestätigt. Fahnder sind in den Daten der jüngst von Nordrhein-Westfalen gekauften CDs auf ziemlich plumpe Methoden der Steuerhinterziehung gestoßen. Das Modell nennt sich Zebra und steht für weiße und schwarze Konten. Auf den weißen Konten liegen in der Regel nur kleinere Beträge, die ordnungsgemäß versteuert wurden. Die großen Vermögen parkten die Kunden der Coutts-Bank auf den schwarzen Konten. Für die ertappten Steuersünder wird das Modell Zebra teuer, weil Fahnder es als Täuschung werten. Experten der Wuppertaler Fahndung freuen sich zudem über hochwertiges Datenmaterial zur Zürcher Großbank UBS. Es sind fortlaufende Kontoauszüge, die teilweise bis ins Jahr 2010 reichen. Der nordrhein-westfälische Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD), stärkster Gegner des Abkommens, sieht seinen Kurs gestärkt, lieber Daten anzukaufen als das Abkommen zu ratifizieren. Trotzdem versucht die FDP, Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) zu einem letzten Einigungsversuch mit SPD und Grünen zu bewegen, die das Abkommen im Bundesrat blockieren wollen. „Wir brauchen jetzt einen parteiübergreifenden Konsens“, fordert der liberale Fraktionsvize Volker Wissing. Sozialdemokraten und Grüne wollen unter anderem, dass Schwarzvermögen mit einem Mindestsatz statt von 21 mit 25 Prozent nachversteuert werden müssen. Außerdem soll die Schweiz die Namen jener Steuerflüchtlinge nennen, die seit Unterzeichnung des Abkommens ihr Geld in andere Länder geschafft haben. „Mit der Erfüllung beider Forderungen hat die FDP kein Problem“, sagt Wissing. Schäuble beharrt darauf, dass Nachverhandlungen mit der Schweiz unmöglich seien.